

Interpellation Nr. 115 (November 2025)

25.5482.01

betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen

Es stimmt: Wer in die Politik geht, braucht ein dickes Fell. Schon in den kommunalen Parlamenten wird mitunter mit harten Bandagen gekämpft. Das ist legitim, ebenso öffentlich geäußerte Kritik an Haltungen und Entscheidungen der Mandatsträger.

Doch niemand, der sich ehrenamtlich in den Dienst der Allgemeinheit stellt, Verantwortung für Gemeinwohl und Lebensqualität in seiner Stadt übernimmt, hat es verdient, Opfer persönlicher Anfeindungen zu sein. Der Hass und die Hetze gegen Politiker haben mit den Stadt- und Gemeinderatsgremien nun jenen Raum erreicht, den die Bürger vor Ort mit ihrem direkten Engagement mit Leben füllen. Knapp ein Viertel lokaler Politiker war bereits Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt.

Das erzeugt grosse Ängste bei den Betroffenen - und auch für die Gemeinwesen sind die Folgen fatal: Immer weniger Menschen wollen aus Bedenken vor Übergriffen in ihrem Heimatort politisch aktiv werden. Zudem wird sich die Zahl der Freiwilligen durch die demografische Entwicklung reduzieren. Gegensteuern lässt sich nur durch eine neue Kultur des Respekts und weniger Polarisierung auch bei lokalen Debatten - ansonsten gehen der kommunalen Selbstverwaltung bald die Mitgestalter aus.

Viele Bürger winken dankend ab und wollen nicht kandidieren am 20. Oktober 2028. Nicht zuletzt aus Angst vor Hass und Diffamierung. Das Stimmungsbild ist in Basel schlecht.

Arbeit im Kantons- und Stadtparlament bedeutet auch einen hohen Zeitaufwand - gleichzeitig sinkt vor allem bei Jüngeren die Bereitschaft, sich ehrenamtlich für den Heimatort zu engagieren.

1. Ist die Regierung bereit, den Schutz für die Parlaments-Sitzungen im Basler Rathaus zu erhöhen?
2. Warum hat die Regierung Sicherheits-Türen im Rathaus einbauen lassen, aber nur für den Trakt Rathaus und Verwaltung und nicht für den Trakt Basler Parlament?
3. Ist es richtig, dass in den letzten Monaten zahlreiche schriftliche Drohungen bei der Regierung eingegangen sind? Wurden Strafanzeigen gegen Unbekannt gestellt?
4. Wie viele Bedrohungen und Nötigungen hat die Regierung in den letzten fünf Jahren erhalten? Gemeint ist der Gesamt-Regierungsrat.

Eric Weber